

Bericht aus der Gemeinderatssitzung vom 09. Januar 2019:

TOP 01 Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Bürgermeister Scheffold gibt bekannt, dass der Gemeinderat in seiner letzten nichtöffentlichen Sitzung über die Zuschussgespräche der Verwaltung beim Regierungspräsidium Freiburg, bei den Abteilungen Ausgleichstock, Oberschulamt und Städtebauförderung umfassend informiert worden ist. Dies betraf unter anderem die Projekte Schulsanierung und Stadtsanierung, hier insbesondere die Stadthalle, den evangelischen Kindergarten und die Außenbereichsstraßen.

TOP 02 Umgestaltung Hauptstraße, Schützenbrücke bis Friedhof: Arbeitsvergabe

Bürgermeister Scheffold begrüßt Herrn Dipl.Ing. Dietmar Ribar vom Ingenieurbüro Zink.

a) Parkierungsanlage und Containerstandort:

Bei der letzten Beratung wurde die Frage der Gestaltung der Parkierungsanlage vor dem Friedhof und des Containerstandorts noch nicht abschließend geklärt. Hierauf geht Herr Ribar in seiner Präsentation zunächst ein.

Herr Ribar hat zwei Planungsvarianten erarbeitet mit sechs Parkplätzen, jeweils drei links und rechts der Zufahrt. Dazu kommen zwei weitere Parkplätze rechts von dieser Anlage. Die Zufahrt wurde verbreitert.

Die beiden Container sind hinter der Parkierungsanlage, vor der Friedhofsmauer eingeplant. Der Zugang zu den Containern soll durch einen Durchlass in der Friedhofsmauer geschaffen werden.

Herr Ribar erläutert die Vor- und Nachteile der beiden Varianten für die Parkplatzanlage. Er spricht sich für die Variante 1 aus.

Bürgermeister Scheffold schließt sich dieser Auffassung an. Er hält diese Variante für praxistauglicher.

Stadtrat Fuhrer hingegen spricht sich für die Variante 2 aus, weil die Zufahrt breiter ist, was für Kombis vorteilhaft ist. Hierzu gibt Bürgermeister Scheffold aber zu bedenken, dass dann in das Nachbargrundstück Hauptstraße 26 (Stadthaus „Gallionhaus“) eingegriffen werden müsste. Dieses Grundstück müsste dann neu vermessen werden, was mit sich bringen würde, dass der gesamte Aufteilungsplan für das Objekt neu erstellt werden müsste. Hiervon rät er ab.

Stadtrat Wöhrle spricht sich dafür aus, die Zufahrt so breit wie möglich zu gestalten und mit den Parkplätzen links von der Zufahrt in Richtung Grundstücksgrenze zu gehen. Hierdurch wird auch vermieden, dass zwischen den linken Parkplätzen und der Grundstücksgrenze eine Schmutzecke entsteht.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 13 Ja-Stimmen, bei einer Enthaltung, für die Parkie-

rungsanlage die vorgestellte Variante 1 zu wählen.

Die Parkplätze links von der Zufahrt sollen bis an die Grundstücksgrenze zum Nachbargrundstück Hauptstraße 26 versetzt werden.

b) Arbeitsvergabe:

Herr Ribar erläutert den Vergabevorschlag. Günstigster Bieter ist die Firma Knäble GmbH aus Biberach. In der Ausschreibung war enthalten, dass keine dauernde Vollsperrung der Hauptstraße erfolgen soll, sondern nur tageweise nach Bedarf.

Stadtrat Wöhrle stellt einige Fragen zur geplanten Ausführung. Er schlägt vor, zu Beweis Zwecken für jeden Keller ein Beweissicherungsverfahren durchzuführen, um sicherzustellen, dass mögliche spätere Undichtigkeiten in einzelnen Kellern nicht in der Pflasterung des Gehwegs begründet sein werden.

Bürgermeister Scheffold dankt für diesen Hinweis. Es ist vorgesehen, fotografisch eine Eigendokumentation der Fassaden durchzuführen. In einer Anliegerversammlung soll dieses Thema besprochen werden. Beweissicherungen können dann in Absprache mit einzelnen Eigentümern vorgenommen werden, wo dies von diesen gewünscht wird.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Auftrag für die Ausführung der Straßenbauarbeiten, der Kanalbauarbeiten und des Wasserleitungsbaus an den günstigsten Bieter, die Firma Knäble GmbH, Biberach zum Angebotspreis von brutto 1.039.130,02 Euro zu vergeben.

Der Anteil für den Wasserleitungsbau fällt nur netto an, da der Eigenbetrieb Wasserversorgung vorsteuerabzugsberechtigt ist.

Die Leerrohrverlegung für den späteren Glasfasereinzug für den Breitbandausbau erfolgt im Namen und für Rechnung der Breitband Ortenau KG.

Die Verwaltung wird beauftragt, nun ein Anliegengespräch anzuberaumen und dann nach Bedarf Einzelgespräche anzubieten.

c) Leerrohrverlegung für späteren Glasfasereinzug:

Die Leerrohre werden bis an die Grundstücksgrenze verlegt. Die Stadt Hornberg ist Gesellschafterin der Breitband Ortenau KG. Die Breitband Ortenau erstellt eine Detailplanung auf der Grundlage der bestehenden Ortsnetzplanung.

Eine Förderung kann nicht erfolgen, da die Mindestversorgung des Gebietes bereits durch den erfolgten Vectoringausbau der Telekom gegeben ist.

Von Vorteil ist aber, dass die Verlegung im Namen und für Rechnung der Breitband Ortenau erfolgt, weshalb eine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht.

Für den Anschluss des Schulhauses, Hauptstraße 28 besteht ein Förderprogramm. Es ist geplant, für den Anschluss des Schulhauses einen Förderantrag zu stellen.

d) Verkehrsregelung:

Wie bereits ausgeführt, sind Vollsperrungen nur geplant, wo dies unbedingt notwendig ist. Durch Vollsperrungen können aber deutliche Einsparungen erzielt werden. Dies ist jeweils abzuwägen. Die Anlieger sind jeweils zu informieren.

e) Sanierungsförderung:

Bürgermeister Scheffold kann berichten, dass seitens des Ministeriums eine Verlängerung des Bewilligungszeitraums bis Ende April 2020 zugesagt worden ist.

f) Bushaltestelle in Richtung Gutach:

Auf Anfrage von Stadtrat Küffer informiert Bürgermeister Scheffold, dass in die Ausschreibungsunterlagen ein Passus mit aufgenommen worden ist, dass ein späterer barrierefreier Umbau der Bushaltestelle möglich sein muss.

Die gegenüberliegende Bushaltestelle „Buntweberei“ kann ggf. verlegt werden. Dies wird noch geprüft und dem Gemeinderat wieder vorgestellt. Auch eine Überdachung der Bushaltestelle kann dann geprüft werden.

TOP 03 Wirtschaftsplan 2019 für den Eigenbetrieb Wasserversorgung Hornberg: Beratung des Entwurfs

Der Vorentwurf des Wirtschaftsplanes 2019 wurde in der öffentlichen Sitzung am 12. Dezember 2018 eingebracht. Dem Gemeinderat liegt der Vorentwurf vor. Seit der Einbringung des Vorentwurfs gab es keine Änderungen.

Aus dem Gremium erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Vorentwurf zustimmend Kenntnis. Änderungsvorschläge werden nicht vorgebracht.

Die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2019 für den Eigenbetrieb Wasserversorgung Hornberg erfolgt in der öffentlichen Sitzung am 23. Januar 2019.

TOP 04 Wirtschaftsplan 2019 für den Eigenbetrieb Freibad Hornberg: Einbringung und Beratung des Entwurfs

Rechnungsamtsleiterin Mayer hält den Sachvortrag.

Der Vorentwurf des Wirtschaftsplanes 2019 für den Eigenbetrieb Freibad Hornberg liegt dem Gemeinderat vor. Die Planzahlen 2019 werden im Überblick vorgestellt. Eine Kreditaufnahme ist 2019 nicht geplant.

Der Schuldenstand soll bis Ende 2019 durch ordentliche Kredittilgungen und eine große Sondertilgung um insgesamt 732.700 Euro auf 1.089 Mio. Euro gesenkt werden. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird dann noch 256 Euro betragen.

Die Finanzplanung für den Eigenbetrieb Freibad Hornberg liegt dem Gemeinderat Hornberg ebenfalls vor. Auch in den Jahren 2020 und 2021 ist keine Kreditaufnahme vorgesehen. Durch die ordentlichen Tilgungen kann der Schuldenstand dann weiter gesenkt werden, bis Ende 2022 voraussichtlich auf rund 945.200 Euro.

Die Stellenübersicht des Eigenbetriebs Freibad für das Wirtschaftsjahr 2019 liegt dem Gemeinderat ebenfalls vor.

Die geplanten Baumaßnahmen im Jahr 2019 werden von Stadtbaumeisterin Moser erläutert. Der Bau einer Behindertentoilette und Behindertenumkleide ist vorgesehen. Eine Außentoilette zum Kunstrasenplatz hin soll eingerichtet werden, ebenso wie ein Sanitätsraum. Weitere Außenbereiche sollen in Eigenleistung gepflastert werden.

Diese Maßnahmen werden im Detail noch vorgestellt.

Zur Senkung der Betriebskosten durch die Freibadsanierung wird Stellung genom-

men.

Stadtrat Fuhrer erkundigt sich nach den eingeplanten Umsatzerlösen 2019. Frau Mayer informiert, dass Basis hierfür die Ist-Zahlen 2018 sind. Für 2019 wurde keine Preiserhöhung bei den Eintrittsgeldern vorgenommen.

Bürgermeister Scheffold fährt fort, dass mit Eintrittserlösen von 62.000 Euro kalkuliert wird.

Stadtrat Fuhrer stellt fest, dass der geplante Jahresverlust 2019 zu hoch ist, um den höheren Kreditdienst auszugleichen. Bürgermeister Scheffold antwortet, dass dieser Ausgleich durch die Abschreibungen erzielt wird.

Stadtrat Wöhrle erkundigt sich nach der Schlussabrechnung der Sanierungskosten. Bürgermeister Scheffold antwortet, dass diese noch vorgestellt werden, sobald die Schlussabrechnung vorliegt.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Vorentwurf des Wirtschaftsplanes 2019 für den Eigenbetrieb Freibad Hornberg zustimmend Kenntnis. Änderungswünsche werden nicht vorgebracht.

Die Beschlussfassung erfolgt in der öffentlichen Sitzung am 23. Januar 2019.

TOP 05 Haushaltsplan 2019: Beratung des Entwurfs

Der Vorentwurf des Haushaltsplanes 2019 wurde in der öffentlichen Sitzung am 12. Dezember 2018 eingebracht. Das Zahlenwerk wurde überarbeitet, die aktualisierte Änderungsliste liegt dem Gemeinderat als Tischvorlage vor.

Der Beschlussvorlage beigefügt sind außerdem der Entwurf der Haushaltssatzung und die Investitionsplanung für die Folgejahre.

Eingeplant ist eine Kreditaufnahme über 350.000 Euro, bei einer gleichzeitigen ordentlichen Tilgung von 113.700 Euro, was zu einer Neuverschuldung von 236.300 Euro führt.

Der Schuldenstand wird damit bis Ende 2019 auf 3,286 Mio. Euro steigen, gemeinsam mit den beiden Eigenbetrieben Wasserversorgung Hornberg und Freibad Hornberg wird der Schuldenstand bis Ende 2019 bei 5,795 Mio. Euro liegen. steigen, was einer Gesamt-Pro-Kopf-Verschuldung von 1.360 Euro entspricht.

Bürgermeister Scheffold informiert, dass bei den geplanten Modernisierungsarbeiten am Schulhausaltbau, Hauptstraße 28 zusätzlich Fassadensanierungsarbeiten mit eingeplant worden sind. Das Gerüst wird dann ohnehin stehen, die beiden Zuschussanträge wurden entsprechend ergänzt. Dies wurde mit den Fraktionsvorsitzenden vorbesprochen.

Die Auftragsvergabe ist vom Gemeinderat noch separat zu beschließen.

Stadtrat Laages bittet, die heutige Power-Point-Präsentation von Frau Mayer an alle Stadträte zu verschicken. Dies wird zugesagt.

Stadtrat Fuhrer begrüßt die Gesamtdarstellung der Pro-Kopf-Verschuldung einschließlich der Eigenbetriebe. Er hält dies für ehrlich und fair.

Herr Fuhrer nimmt für die CDU-Fraktion Stellung zum Haushaltsplanentwurf. Für 2019 hat die CDU-Fraktion den Wunsch, dass der Panoramaweg verwirklicht wird.

Für das Haushaltsjahr 2019 sind viele Maßnahmen eingeplant, die zwar begründbar

sind, so Herr Fuhrer, in ihrer Gesamtheit aber den Haushalt überfrachten.

Die Reparaturbedürftigkeit der Stadthalle wird gesehen, die Kosten sind aber auf über 3 Mio. Euro förmlich explodiert. Deshalb wird die Maßnahme in diesem Umfang seitens der CDU-Fraktion nicht befürwortet.

Stadtrat Fuhrer schlägt vor, einen Termin mit den Architekten und Planern durchzuführen und die Gesamtkosten in der Finanzplanung auf maximal 1,8 Mio. Euro zu deckeln. Es wird auch der Wunsch geäußert, dass bei einer solchen Sanierung der Stadthalle die Anzahl an Sitzplätzen erhöht wird.

Für die Umsetzung des Premiumwanderweges schlägt die CDU-Fraktion vor, einen Betrag von 50.000 Euro einzusetzen und noch vor Ostern konkrete Maßnahmen festzulegen. Die Maßnahme sollte 2019 umgesetzt werden.

Vor der Beschlussfassung über die Sanierung des Schulhausaltbaus sollte nach den Vorstellungen der CDU-Fraktion zunächst ein konzeptioneller Ansatz vorgestellt werden. Stadtrat Fuhrer hat den Wunsch, dass dies vor dem Beschluss über den Haushaltsplan 2019 in der öffentlichen Sitzung am 23. Januar 2019 geschieht.

Für das Wohngebiet Rebberg sollte ein Planungsansatz für 2019 vorgesehen werden.

Abschließend stellt Stadtrat Fuhrer noch einige Fragen:

Zu den städtischen Wohnhäusern Hofmattenstraße 8 und Reichenbacher Straße 13 a informiert Rechnungsamtsleiterin Mayer, dass unter Position 1124 in den Erläuterungen hierzu Ausführungen gemacht werden.

Unter Position 1125 soll ein neuer Radlader für 80.000 Euro beschafft werden.

Zum geplanten Baubeginn für den Backboneanschluss für 135.000 Euro im Rahmen des Breitbandausbaus bittet Herr Fuhrer um Erläuterung.

Für die Sanierung am Stadthaus in der Werderstraße sind 125.000 Euro eingeplant.

Die Parkplatzanlage zwischen der Freilichtbühne und dem Schloßweiher sollte 2019 angelegt werden.

Bürgermeister Scheffold nimmt zu den Positionen Stellung. Der von Stadtrat Fuhrer vorgeschlagene Panoramaweg rund um den Schloßberg ist nicht zu verwechseln mit dem bestehenden Panoramaweg rund um die Stadt Hornberg. Der bestehende Panoramaweg soll zusammen mit dem Mühlenwanderweg ertüchtigt werden. Hierfür wurde ein Zuschussantrag gestellt.

Der vorgeschlagene Panoramaweg rund um den Schloßberg soll im Rahmen der Weiterentwicklung der Schloßbergkonzeption mitbesprochen werden. Hier wird ein gemeinsamer Termin mit dem Stadtmarketingausschuss vorgeschlagen. Der Planungsansatz für städtebauliche Planungen soll um 25.000 Euro auf 50.000 Euro verdoppelt werden.

Ein Investitionsansatz für die Umsetzung der Maßnahme kann erst ab 2020 erfolgen.

Die genannte Erhöhung der Planungsmittel kann dann auch für die ersten Planungsschritte für das Wohngebiet Rebberg mit verwendet werden.

Zum Wohngebiet Rebberg führt Bürgermeister Scheffold aus, dass die Kommunalentwicklung und die RS-Ingenieure die Planung aktualisieren werden. Die aktualisierte Planung wird dann im Gemeinderat vorgestellt, zusammen mit der Fortschreibung der Kostenschätzung für die Erschließungsmaßnahme.

Bezüglich der Sanierung der Stadthalle ruft Bürgermeister Scheffold den Planungs-

prozess in Erinnerung. 2012 wurden die Bewerbungsunterlagen für den Architektenwettbewerb erstellt. 2013 haben sich die Planungsbüros vorgestellt. Damals wurde noch von Sanierungskosten von einer Million Euro netto ausgegangen. Bereits damals aber hat sich das ausgewählte Architekturbüro Fritsch und Schmid so positioniert, dass dieser Kostenrahmen als zu niedrig angesehen wurde.

Die Maßnahme ist nach den Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung in die Finanzplanung aufzunehmen. Diese Veranschlagung ist vorgeschrieben, die Verwaltung schlägt einen Nettobetrag von 3,1 Mio. Euro vor. Dies ist auch Grundlage für den Zuschussantrag aus dem Ausgleichstock, und für die Sanierungsförderung.

Bürgermeister Scheffold schließt sich dem Vorschlag von Stadtrat Fuhrer an, einen Ortstermin mit den Architekten und Planern durchzuführen.

Der jetzt veranschlagte Betrag von rund drei Millionen Euro netto setzt sich zusammen aus Planungskosten von 150.000 Euro im Jahr 2019, 1,1 Mio. Euro Investitionskosten im Jahr 2020, 1,1 Mio. Euro im Jahr 2021 und 650.000 Euro im Jahr 2022.

Bürgermeister Scheffold betont, dass eine Veranschlagung dieser Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung Voraussetzung für die Zuschussanträge ist.

Je nach Planungsfortschritt sind diese Ansätze von Jahr zu Jahr ggf. anzupassen.

Die Sanierung des Schulhausaltbaus kann nur erfolgen, so Bürgermeister Scheffold weiter, wenn die beiden geplanten Zuschüsse gewährt werden. Hierüber wird Mitte 2019 Klarheit herrschen. Dann kann der Gemeinderat die notwendigen Beschlüsse fassen. Bis dahin kann die konzeptionelle Abstimmung mit der Schulleitung bezüglich der künftigen Verwendung der Räumlichkeiten im Schulhausneubau, Vorstadtstraße 28 erfolgen. Hier ist ein Konzept zu entwickeln.

Danach kann der Baubeschluss gefasst werden.

Stadtrat Fuhrer hingegen wünscht, dass die Grundkonzeption vor der Beschlussfassung über den Haushalts 2019 erfolgt, also am 23. Januar 2019 in öffentlicher Sitzung. Diese Konzeption sollte Ausführungen zum Altbau und zum Neubau enthalten.

Bürgermeister Scheffold kann heute schon berichten, dass der Schulhausaltbau, Hauptstraße 28 komplett für Schulzwecke verwendet wird, außer dem Untergeschoss. Dort sind teilweise Räumlichkeiten für Vereine vermietet.

Bezüglich des Schulhausneubaus, Vorstadtstraße 28 ist die Nutzung der Räumlichkeiten durch die Schule einerseits und sonstige Nutzer andererseits noch zu klären. Bürgermeister Scheffold sagt zu, in der nächsten öffentlichen Sitzung am 23. Januar 2019 diese Thematik auf die Tagesordnung zu nehmen, vor der Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2019.

Das Neubaugebiet Rebberg soll innerhalb der nächsten drei Monate auf die Tagesordnung genommen werden. Die Erschließung müsste über einen Erschließungsvertrag mit einem Erschließungsträger vorfinanziert werden.

Auf Seite 37 des Haushaltsplanentwurfs ist beim Gebäude Hofmattenstraße 8 die Erneuerung der Fenster zu streichen, diese Maßnahme ist durchgeführt worden.

Ein neuer Radlader für den Bauhof muss gekauft werden, weil der zweite Radlader, der auf dem Bauhofgelände verwendet wird, völlig kaputt ist.

Zum Thema Breitbandausbau macht Bürgermeister Scheffold Ausführungen. Der so genannte Backboneausbau durch die Breitband Ortenau KG befindet sich im Planungsstadium. Es wurde eine kreisweite Ausschreibung durchgeführt, das Ergebnis ist abzuwarten. Hornberg erhält insgesamt drei Anschlusspunkte.

Auf der Grundlage der Ortsnetzplanung für Hornberg wird in den Außenbereichen bei Maßnahmen jeweils auch ein Leerrohr für einen Glasfasereinzug mit verlegt. Hierfür werden jeweils Zuschussanträge gestellt.

Bereits begonnen ist die Maßnahme Frombachtal, in den Startlöchern steht die Maßnahme Oberreichenbach. Hier liegen jeweils die Zuschussbescheide vor.

Für den Bereich Schondelgrund wurde der Zuschussantrag gestellt.

Privatinitiativen sind geplant in den Bereichen Kohlplatz und Schanzenberg in Niederwasser.

Weitere spätere geplante Maßnahmen sind im Schwanenbachtal, im Niedergieß sowie im Bereich Schonachbach in Richtung Fohrenbühl.

Der geplante Parkplatz Storenwald zwischen der Freilichtbühne und dem Schloßweiher ist im Haushaltsplanentwurf 2019 veranschlagt, zusammen mit der dortigen Straßensanierung.

Stadtrat Laages nimmt für die SPD-Fraktion Stellung. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist im Auge zu behalten.

Die SPD-Fraktion hat den Wunsch, dass der städtische Gebäudebestand saniert und instand gehalten wird. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist ein Anliegen.

Herr Laages hat die Bitte, dass die für 2022 und 2023 geplante Maßnahme Werderstraße 17 vorgezogen wird.

Herr Laages kommt auf die letzte Klausurtagung zu sprechen, bis Mitte 2019 bittet er um Stellungnahme zu folgenden Fragen:

Die Gründung eines Eigenbetriebs Stadtimmobilien wurde besprochen.

Die Neuorganisation des Gebäudemanagements ist zu klären, hier ist eine interne oder eine externe Lösung möglich.

Bezüglich der bestehenden Leerstände von Wohnungen in Hornberg sollte ein mögliches Zweckentfremdungsverbot geprüft werden.

Der Gemeinderat bittet um Information über den Bestand an städtischen Grundstücken im Bereich des geplanten Wohngebiets Rebberg.

Der Aufbau einer Miet- und Immobilienbörse auf der städtischen Homepage sollte geprüft werden.

Zum Kindertagesbetreuungsangebot merkt Herr Laages an, dass die Krippe im katholischen Kindergarten bereits bis April 2020 voll belegt sein wird. Dieses Thema muss angegangen werden.

Der Ortenaukreis hat angekündigt, die Schülerbeförderungskosten der Gemeinden stärker zu bezuschussen. Er bittet hier um nähere Auskunft.

Bezüglich der Innerortsstraßen bittet die SPD-Fraktion um Erstellung einer Bedarfs- und Dringlichkeitsübersicht, um diese Straßen in Stand setzen zu können.

Bezüglich der Sanierung des Schulhausaltbaus und der Stadthalle sieht die SPD-Fraktion die Machbarkeit als gegeben an, weil erhebliche Zuschüsse fließen werden. Dies gilt auch für die Umgestaltung der Hauptstraße. Dennoch sollte man sich grundsätzlich von Zuschussfragen nicht treiben lassen, sondern Maßnahmen nach der Notwendigkeit durchführen. Dies sieht die SPD-Fraktion für die drei genannten Projekte aber als gegeben an.

Die SPD-Fraktion regt an, das Thema „Mobilitätssicherung im ländlichen Raum“ an-

zugehen. Der ADAC hat hierzu eine Arbeitshilfe erstellt. Ein Bürgerbus kommt aus Sicht der SPD-Fraktion für Hornberg nicht in Frage, auch nicht ein lokales Car-Sharing. Ein Hol- und Bringdienst für Einkäufe und Arztbesuche wurde bislang ebenfalls nicht angenommen.

Die SPD-Fraktion schlägt aber vor, ein so genanntes „Mitfahrbänkle“, wie in Gutach, aufzustellen.

Bürgermeister Scheffold nimmt zu den Punkten Stellung. Die Sanierung des Anwesens Werderstraße 17 wird als nachrangig gesehen, diese Maßnahme kann nicht ohne zusätzliche Kreditaufnahme durchgeführt werden. Insgesamt sind 700.000 Euro Kosten veranschlagt, eine Sanierungsförderung ist möglich.

Zu einem möglichen Eigenbetrieb Stadtimmobilien wird ausgeführt, dass hierdurch zunächst zusätzliche Kosten anfallen würden. Die Vorteile werden gesehen, dies ist aber näher zu prüfen.

Bezüglich des Gebäudemanagements wurde beschlossen, dies intern anzusiedeln, hierfür wurde der Beschäftigungsumfang einer Mitarbeiterin um 50 % aufgestockt. Diese Maßnahme wird derzeit organisatorisch umgesetzt. Das Gebäudemanagement soll im Jahr 2019 etabliert werden.

Die Verwaltung hat die bestehenden Leerstände in Hornberg, soweit wie möglich, bereits erhoben. In der Regel bestehen Leerstände nur in Gebäuden mit sehr schlechter Bausubstanz oder einer schwierigen Eigentümersituation. Im Jahr 2018 sind rund 80 Personen nach Hornberg zugezogen, dies entspricht einem Zuwachs von 2 %. Der bestehende Leerstand ist damit weitgehend gefüllt. Das Thema Zweckentfremdungsverbot kann damit zurückgestellt werden.

Die Sanierung der Wohnungen in der Hofmattenstraße 8 und 8 a sowie der Reichenbacher Straße 13 a soll 2019 abgeschlossen werden.

Danach kann das Thema Eigenbetrieb Stadtimmobilien wieder geprüft werden.

Die Übersicht der im Eigentum der Stadt Hornberg befindlichen Grundstücke Am Rebborg wird noch vorgestellt.

Die Integration einer Miet- und Immobilienbörse auf der neuen Homepage wird beim Auftaktgespräch mit dem neuen Anbieter Hitcom thematisiert.

Die Belegungsplanung für die Kinderkrippe im katholischen Kindergarten beinhaltet die neugeborenen und bereits angemeldeten Kinder. Die Planung der Einrichtung einer zusätzlichen Krippe im evangelischen Kindergarten läuft. Hier werden derzeit die Fragen der Sanierungsförderung, der Fachförderung und des finanziellen Beitrags der evangelischen Kirchengemeinde geprüft. Die Maßnahme wird dem Gemeinderat noch vorgestellt.

Die vom Ortenaukreis beschlossene Erhöhung des Zuschusshöchstbetrags pro Schüler in der Schülerbeförderung wird das städtische Defizit von derzeit rund 7.500 Euro pro Jahr hoffentlich weiter senken.

Die Beförderung der Kindergartenkinder stellt eine reine Freiwilligkeitsleistung der Stadt Hornberg dar, hier erfolgt keine Bezuschussung durch den Ortenaukreis. Derzeit liegt der jährliche Abmangel bei rund 33.000 Euro. An dieser Beförderungsleistung soll aber weiterhin nicht gerüttelt werden, solange dies finanzierbar ist.

Die Innerortsstraßen wurden mit einem Ingenieurbüro besichtigt, um ein Konzept zu erstellen. Es wurden bereits Bohrkerne beauftragt, um den jeweiligen Untergrund analysieren zu können. Auf dieser Grundlage ist dann die jeweilige Sanierungsmethode je Straße festzulegen. Im Lauf des Jahres 2019 wird hier ein Konzept erstellt

und dem Gemeinderat vorgestellt.

Zu den Zuschussprogrammen insgesamt führt Bürgermeister Scheffold aus, dass diese zweckgebunden sind und in der Regel zeitliche Zwänge gegeben sind. Für die Maßnahmen Stadthalle und Werderstraße 17 ist eine Sanierungsförderung eingeplant. Hier hat das Ministerium bereits eine Verlängerung des Bewilligungszeitraums bis 2024 in Aussicht gestellt.

Der Zuschusssatz für die Sanierung der Stadthalle liegt bei 51 %. Zusätzlich wird ein Ausgleichstockantrag gestellt.

Zum Mobilitätskonzept ländlicher Raum führt der Bürgermeister aus, dass es hier Förderprogramme gibt. Auch der Ortenaukreis hat ein Konzept erstellt. Hierüber wird gelegentlich im Gemeinderat informiert.

Es wird zugesagt, versuchsweise zunächst ein Mitfahrbänkle in der Stadtmitte aufzustellen. Sollte sich dies bewähren, kann die Aufstellung von weiteren Mitfahrbänkle in Niederwasser und Reichenbach ins Auge gefasst werden.

Stadtrat Wöhrle nimmt für die Fraktion der freien Wähler Stellung. Er möchte wissen, wann die Außenanlagen rund um die Ortsverwaltung Niederwasser neugestaltet werden. Bürgermeister Scheffold informiert, dass das Ingenieurbüro Zink im Rahmen eines Kleinauftrages bereits eine Untersuchung durchgeführt hat. Diese Maßnahme wird dem Ortschaftsrat Niederwasser noch vorgestellt, ebenso wie die Kosten. Bis Juli 2019 soll dies erfolgen. Ein ELR-Zuschussantrag soll gestellt werden.

Stadtrat Wöhrle bittet, auf Seite 50 des Haushaltsplanentwurfs mit der Fuhrparkübersicht des Bauhofs den Unimog zu löschen. Dies wird zugesagt, der Unimog wurde zwischenzeitlich verkauft.

Das Fahrzeugkonzept wird grundsätzlich überarbeitet.

Stadtrat Wöhrle bittet um Prüfung, ob die Planungskosten für die Modernisierung des Schulhausaltbaus in Höhe von 30.000 € gesenkt werden können. Bürgermeister Scheffold führt aus, dass für die Zuschussanträge Planungskosten dokumentiert werden müssen. Dies gilt auch für die Stadthalle.

Herr Wöhrle hat die Frage, ob die vorgesehene Beleuchtung vom Ortsteil Reichenbach bis zum Fußgängerabzweig Speichermatte notwendig ist. Der Haushaltsansatz beläuft sich auf 15.000 €. Stadtrat Bühler weist darauf hin, dass hier ein Fußgängerverkehr stattfindet. Die Maßnahme soll zusammen mit dem Anschluss des Ortsteils an die öffentliche Trinkwasserversorgung der Stadt Hornberg erfolgen.

Im Bereich des Hochwasserschutzes im Offenbach informiert Bürgermeister Scheffold auf Anfrage von Stadtrat Wöhrle, dass 20.000 € eingeplant sind für die Ertüchtigung des Auslaufs im Sägegrün. Diese Planung wurde bereits wasserrechtlich genehmigt.

Diese Maßnahme wird dem Gemeinderat noch vorgestellt und soll bald umgesetzt werden, um den Hochwasserschutz zu verbessern.

Weitere 30.000 € wurden für den Offenbach eingeplant. Hier wird ein Zuschussantrag gestellt, der Fördersatz beträgt 50 %. In der Finanzplanung ist dies enthalten.

Bezüglich der Sanierung der Stadthalle geht Bürgermeister Scheffold von einer Zuschussquote von bis zu 70 % aus. Zur Sanierungsförderung von 51 % wird auf einen namhaften Betrag aus dem Ausgleichstock gehofft.

Stadtrat Wöhrle schlägt vor, für die Stadthallensanierung ein Budget von 2,2 Mio. € bereitzustellen. Dies ist dann auch Basis für die Planungshonorare. Er bittet, die mit-

tefristige Finanzplanung noch vor der Beschlussfassung über den Haushaltplan 2019 anzupassen.

Zum veranschlagten Prüfungshonorar von 38.000 € auf Seite 34 des Haushaltplanentwurfes informieren Bürgermeister Scheffold und Rechnungsamtsleiterin Mayer, dass es sich überwiegend um Honorarkosten für die Gemeindeprüfungsanstalt handelt.

Die veranschlagten Mittel für die Sockelsanierung am Rathausnebengebäude sollten neu veranschlagt werden, so Stadtrat Wöhrle, weil die Maßnahme 2018 nicht umgesetzt werden konnte. Dies ist auf Seite 37 des Entwurfs vorgesehen.

Auch die Sanierung des Kriegerdenkmals in Reichenbach wurde neu veranschlagt, weil dies 2018 nicht umgesetzt werden konnte.

Herr Wöhrle bittet um Informationen zu den Veranschlagungen im Bereich der Straßen auf Seite 192 – 193. Hierzu wird Stellung genommen. Bürgermeister Scheffold hat die Hoffnung, dass im Finanzausgleich Verbesserungen für Gemeinden im ländlichen Raum erzielt werden können. Er hofft auch auf ein Förderprogramm. Er wird dies bezüglich mit den Abgeordneten im Gespräch bleiben.

Auch Herr Wöhrle hat den Wunsch, dass der Parkplatz im Storenwald noch vor Beginn der Freilichtbühnensaison 2019 angelegt wird. Bürgermeister Scheffold sagt zu, dass die Stadt Hornberg sich um eine Fertigstellung bis dahin bemühen wird.

Bezüglich der Straßenlampen wurde mit der EGT vereinbart, dass krumme Straßenlampen künftig gleich wieder begradigt werden, wenn Leuchtmittel ausgetauscht werden. Stadtbaumeisterin Moser wird die Meldung von Stadtrat Wöhrle an die EGT weiterleiten, dass in der Wilhelm-Hausenstein-Straße eine Straßenlampe begradigt werden muss.

Zum Budget der Tourist-Info informiert Bürgermeister Scheffold, dass im Rahmen des Haushaltsplanes 2020 wieder darüber beraten werden kann, inwieweit die Gründe der neuen Tourismusgemeinschaft hier zu einer Reduzierung des Abmangels führen wird. Zu beachten ist aber die zu zahlende Umlage.

Auch den freien Wählern ist die Weiterentwicklung der Schlossbergkonzeption wichtig, ebenso wie die Instandhaltung der innerörtlichen Straßen.

Besonders am Herzen liegt Herrn Wöhrle der Hornberger-Schießen-Weg. Er ist der Meinung, dass hier ein Budget bereitgestellt werden sollte, um den Weg noch weiter zu entwickeln.

Bürgermeister Scheffold nimmt generell Stellung zu Planungsaufträgen. Dem Stadtmarketingausschuss stehen unter Position 1130 Mittel in Höhe von 15.000 € zur Verfügung. Zusätzlich kann der Gemeinderat jeder Zeit überplanmäßig oder außerplanmäßige Ausgaben beschließen, soweit dies im Laufe eines Haushaltsjahres notwendig wird. Hierfür ist kein Nachtragshaushalt notwendig.

Wie bereits ausgeführt, schlägt Bürgermeister Scheffold vor, die allgemeinen Planungskosten im Bereich Bauleitplanung um 25.000 € auf 50.000 € zu erhöhen, um beispielsweise die Schlossbergkonzeption weiterentwickeln zu können.

Nun wird der Gesamtansatz in der Finanzplanung für die Stadthallensanierung diskutiert. Beim geplanten Ortstermin soll den Teilnehmern die Planungsvorgaben von 2013 ausgehändigt werden. Dort sind die zwingend notwendigen Maßnahmen aufgeführt. Der von der Verwaltung veranschlagte Betrag von 3,1 Mio. € netto deckt diese Positionen ab.

Bürgermeister Scheffold hat den Wunsch, dass die Planungskosten für 2019 in Höhe

von 150.000 € unbedingt veranschlagt werden. Diese Planungskosten sind ebenfalls förderfähig.

Für die Finanzplanung ab 2020 schlägt Bürgermeister Scheffold vor, zumindest den bisherigen Ansatz von 2 Millionen € netto zu belassen und das Budget dann je nach Planungsfortschritt gegeben falls zu aktualisieren. Im Rahmen der Haushaltsberatung 2020 kann hier weiter diskutiert werden.

Grundsätzlich besteht Einigkeit im Gemeinderat, dass die Stadthalle saniert werden muss. Dies bringt mit sich, dass die Maßnahme zwingend in der Finanzplanung dargestellt werden muss.

Stadtrat Fuhrer schlägt vor, abweichend von seinem ersten Vorschlag, einen Betrag von 2,0 Mio € in der Finanzplanung darzustellen, einschließlich des Planungsansatzes von 150.000 € für 2019.

Im Vorbericht zum Haushaltsplan 2019 ist ein entsprechender Passus aufzunehmen. Je nach Planungsfortschritt ist eine Anpassung vorzunehmen.

Beschluss:

Der Vorschlag von Stadtrat Fuhrer wird mit 4 Ja-Stimmen, bei 10 Nein-Stimmen abgelehnt.

Nun wird über den Vorschlag von Stadtrat Wöhrle abgestimmt, in der Finanzplanung 2,2 Mio. € netto zu veranschlagen, einschließlich der Planungskosten 2019 in Höhe von 150.000 €.

Beschluss:

Dieser Vorschlag wird mit 9 Ja-Stimmen, bei 4 Nein-Stimmen und einer Enthaltung, angenommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zahlen entsprechend anzupassen und die entsprechenden Zuschüsse einzuplanen.

Die entsprechende Verringerung der Kreditaufnahme ist einzuplanen.

Stadtrat Hess bittet, den Maßnahmenkatalog 2019 nicht erst zur Jahresmitte vorzulegen, sondern früher. Bürgermeister Scheffold sagt zu, bis Mitte April 2019 diese Liste vorzulegen, auf der Grundlage der verwaltungsinternen Aufgabenplanung.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zu, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, den Ansatz „Planungskosten“ um 25.000 € auf 50.000 € zu verdoppeln.

Gesamtbeschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Vorentwurf des Haushaltsplanes 2019 mit Änderungsliste zustimmend Kenntnis.

Mit 12 Ja-Stimmen, bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung, wird beschlossen, die Position „Planungskosten“ um 25.000 € zu erhöhen. Die Verwaltung wird beauftragt, die mittelfristige Finanzplanung bezüglich der Stadthallensanierung wie beschlossen anzupassen, ebenso die Kreditaufnahme.

Die Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2019 kann auf dieser Grundlage in der öffentlichen Sitzung am 23. Januar 2019 erfolgen.

Der Gemeinderat wird im Laufe des Jahres 2019 den Leistungsumfang und das dafür erforderliche Budget für die Sanierung der Stadthalle festlegen. Die Finanzplanung und der Investitionsplan sind im Rahmen der Erstellung des Haushaltsplanes

2020 anzupassen und fortzuführen.

TOP 06 Bekanntgaben und Anfragen

06.1 Mobilfunkausbau: BOS-Funksendemast Reichenbach, Winterkopf

Das Land Baden-Württemberg hat vor einigen Jahren einen BOS-Funksendemast in Reichenbach gebaut, im Bereich Winterkopf. Auf Anfrage der Stadt Hornberg hat die Vermögen und Bau Baden-Württemberg in Freiburg zugesagt, dass eine Mitbenutzung des Funksendemastes durch die Mobilfunkanbieter möglich ist.

Die Verwaltung hat daraufhin die Telekom, die Vodafone sowie die Telefonica hierüber schriftlich informiert und gebeten, sich bei Interesse mit der Vermögen und Bau in Verbindung zu setzen.

06.2 Neue Logos für das Pflegeheim Stephanushaus und die Tagespflegeeinrichtung

Das Evangelische Stift Freiburg teilt mit, dass für das Pflegeheim Stephanushaus und für die neue Tagespflegeeinrichtung neue Logos entwickelt worden sind, mit der für Hornberg berühmten Kanone. Zur Einweihung dieser Logos wird auf Freitag, 25. Januar 2019 um 15:00 Uhr in die Räumlichkeiten der Tagespflege Hornberg, Hauptstraße 83 eingeladen.

06.3 Jahreshauptversammlung des Musikvereins Niederwasser

Der Musikverein und Trachtenkapelle Niederwasser e.V. lädt zur diesjährigen Jahreshauptversammlung am Freitag, 25. Januar 2019 um 19:30 Uhr in das Gasthaus Schondelgrund ein.

06.4 Radwegebeschilderung in der Markgrafenwiese

Stadtrat Küffer hat festgestellt, dass die fehlerhafte Radwegebeschilderung nun geändert worden ist. Noch immer ist die Beschilderung aber nicht korrekt. Wer von der Markgrafenwiese in die Hauptstraße einbiegen möchte, wird direkt wieder zurückgeleitet. Der dortige Pfeil sollte aber Richtung Innenstadt zeigen. Die Verwaltung wird dies nochmals reklamieren.

06.5 Straßenschäden in der unteren Hauptstraße

Stadtrat Küffer weist darauf hin, dass die Hauptstraße von der ABB in Richtung Gutach große Schäden aufweist. Bürgermeister Scheffold informiert, dass dies der Verwaltung bereits bekannt ist. Eine Sanierung wird derzeit untersucht.

TOP 07 Fragestunde

Hier erfolgen keine Wortmeldungen.